

Wissenschaft in Berlin

VOM CAMPUS
FOLGE 46



Jule Specht ist Psychologie-Professorin an der Humboldt-Universität.

Kleine Hoffnung für Postdocs

Von Jule Specht

Die Berliner Hochschulverträge haben die nächste Etappe genommen: Der Berliner Senat hat den von Unis und der Wissenschaftsverwaltung verhandelten Verträgen zur Finanzierung zugestimmt. Es fehlt nun noch die Zustimmung des Abgeordnetenhauses. Vorläufige Eckpunkte sichern bereits in die Öffentlichkeit.

So soll die Finanzierung der Wissenschaft auf einem bedingungslosen Sockelbetrag basieren, zu dem weitere Mittel je nach erreichten Zielen hinzukommen. Darunter fallen finanzielle Anreize für eine hohe Auslastung von Studiengängen, eine angemessene Anzahl an ausgebildeten Lehrkräften, steigende Drittmittelausgaben, Fortschritte bei der Gleichstellung und verbesserte Beschäftigungsbedingungen beim wissenschaftlichen Personal.

Letztere sollten bereits im Rahmen einer länger zurückliegenden Novelle des Berliner Hochschulgesetzes umfänglich adressiert werden: Diese sah vor, Wissenschaftler:innen spätestens nach der Promotion eine Entfristung in Aussicht zu stellen. Dieses Vorhaben ist unter der aktuellen Landesregierung in die ferne Zukunft verlagert worden. Den neuen Hochschulverträgen nach soll nun aber zumindest honoriert werden, wenn mindestens 40 Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen an einer Uni unbefristet beschäftigt sind.

Inwiefern das eine Verbesserung für Postdocs bedeutet, wird vor allem davon abhängen, wie hoch ihr Anteil im sogenannten Mittelbau ist: Liegt dieser über den anvisierten 40 Prozent, werden wir weiterhin hoch qualifizierte Kolleg:innen unter uns haben, die keine angemessene Karriereperspektive erhalten. Ist dagegen der Anteil der Promovierenden höher, macht er also mindestens 60 Prozent des Mittelbaus aus, müsste der verbleibende Anteil an Postdocs endlich standardmäßig entfristet beschäftigt werden – überfällig wäre das.

Hier schreibt Jule Specht abwechselnd mit Jutta Allmendinger, Johannes Vogel und Baris Ünal über aktuelle Wissenschaftsthemen.



Auch Unikooperationen wurden vom Hamas-Angriff auf Israel erschüttert, darunter ein Projekt der FU mit der Hebrew University in Jerusalem.

Erasmus in Nahost? Wie es um Kontakte der Berliner Unis steht

Von Gisela Gross, dpa

Nach dem verheerenden Terrorangriff der Hamas haben mehrere Studierende und Forscher von Berliner Universitäten Israel verlassen. „Fast alle Studierenden der HU, die sich in Israel zu Austausch Zwecken aufgehalten haben, sind zurückgekehrt“, teilte die Humboldt-Universität (HU) auf Anfrage mit.

Ähnliches berichtet die Freie Universität (FU), auch mit Blick auf Forschende in der Region. Einzelne Austauschstudierende seien aber noch vor Ort und überlegten, ob sie ausreisen. Zahlen nannten die Unis zunächst nicht. Die Technische Universität (TU) hat nach eigenen Angaben zwar vier bis vorerst 2024 laufende Forschungsprojekte mit israelischen Partnern, aber aktuell keine Austauschstudierende in betroffenen Gebieten.

Bericht aus Jerusalem

Erst am vergangenen Freitag kehrte Joachim Heberle, Biophysik-Professor an der FU, nach rund zehntägigem Aufenthalt vorzeitig aus Jerusalem zurück, wie er der Deutschen Presse-Agentur sagte. Die völlig geschockten Reaktionen bei seinen Kollegen und in dem Land nach dem Hamas-Angriff habe er unmittelbar mitbekommen. Er habe bei Raketenalarm auch mehrfach mit Kollegen in Bunkern der Hebrew University ausgeharrt. Mit Blick auf die Er-

„Die meisten sagen: Wir müssen jetzt für unser Land da sein.“

Joachim Heberle, FU-Professor, über seine israelischen Forscherkollegen.

fahrungen sagte er: „Das macht etwas mit einem. Man versteht, wie privilegiert wir hier in Deutschland und Europa sind.“

Als Sprecher eines Sonderforschungsbereichs mit einem Projekt an der Hebrew University war Heberle nach eigenen Angaben schon mehrfach vor Ort. „Ob der Krieg konkrete Auswirkungen hat für unsere Zusammenarbeit, lässt sich noch schwer abschätzen.“ Erneut nach Israel fahren könne man als ausländischer Forscher zunächst natürlich nicht. „Aber Kooperationen kann man heute auch digital machen.“

Und Heberle will helfen: Einen ausgereisten israelischen Kollegen mit Familie nehme er für einige Tage bei sich zu Hause auf, dem Jerusalemer Team habe er Gastaufenthalte in Berlin angeboten. Bis auf wenige Ausnahmen wollten seine Forscherkollegen nun aber erst einmal in Israel bleiben: „Die meisten sagen: Wir müssen jetzt für unser Land da sein“, sagt Heberle. Er erzählt auch von einem Doktoranden, von dem er annimmt, dass er für den Militärdienst eingezogen wurde.

Laut FU betrifft dies auch viele Studenten und Lehrkräfte der israelischen Partnerunis, der Vorlesungsbeginn habe sich dort deshalb verschoben. „Es zurzeit nicht abzusehen, wie sich dies und wie sich die Lage insgesamt auf wissenschaftliche Projekte auswirkt“, teilte die Uni mit. Workshops vor Ort wür-

den im Moment verschoben, digitale Lehre aber fortgesetzt.

Beziehungen zu Palästina

Auch zu Einrichtungen in den palästinensischen Gebieten gibt es Beziehungen. Die HU hat nach eigenen Angaben ein Forschungsprojekt in Kooperation mit vier palästinensischen Unis mit dem Ziel, dort einen Master für inklusive Bildung aufzubauen. Nähere Angaben zur Zukunft der Projekte machte die Uni nicht. Drittmittel-Projekte der FU mit Einrichtungen in den palästinensischen Gebieten sind der Uni zufolge abgeschlossen. Und sie berichtet: „Im nächsten Jahr hätte ein im Programm Erasmus geförderter Austausch mit zwei palästinensischen Unis im Westjordanland beginnen sollen.“ Wie es damit weitergehe, hänge von der Entwicklung in der Region ab.

Ob es zu antisemitischen Taten gegen jüdische Studierende oder Mitarbeitende an den Unis kam, ist den Leitungen derzeit nicht bekannt. Auf Anfrage erklärten HU, TU und FU, sie wüssten von keinen aktuellen Fällen. Die FU berichtet aber: „In den vergangenen Jahren gab es vereinzelt Schmierereien und Zerstörungen von Aushängen und Plakaten, die sich auf Israel oder auf Kontexte mit jüdischem Hintergrund bezogen.“ Auch hätten israelische Austauschstudierende immer wieder von antisemitischer Diskriminierung in der Stadt berichtet.